Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Eidgenössisches
Volkswirtschaftsdepartement
Herrn Bundesrat Joseph Deiss
Bundeshaus
3003 Bern

1. April 2003
GK-Nr. 2003014

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Bekanntgabe von Preisen (PBV)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die uns gebotene Gelegenheit zur Änderung der erwähnten Verordnung Stellung nehmen zu können. Grundsätzlich begrüssen wir diese Anpassungen der PBV.

Art. 10 Abs. 1 lit. t: Unterstellung der zahnärztlichen Dienstleistungen unter die obligatorische Preisbekanntgabe

Die Unterstellung der zahnärztlichen Dienstleistungen unter die obligatorische Preisbekanntgabe begrüssen wir. Da die Konsumenten für zahnärztliche Dienstleistungen in der Regel direkt zahlungspflichtig sind, d.h. es erfolgt jeweils keine Abrechnung über die Krankenkasse, rechtfertigt es sich, dass diese vor Bezug der zahnärztlichen Dienstleistung über die entsprechenden Preise orientiert werden. Der Preistransparenz kann mit der Bekanntgabe von Basispreisen entsprochen werden. Im Rahmen von Art. 11 Absatz 2 PBV ist die Möglichkeit der Bekanntgabe von Verrechnungssätzen zu unterstützen und in diesem Zusammenhang auch das aus dem Sozialversicherungsrecht hervorgegangene System der Taxpunkte.

Art. 11a sowie Art. 13 Abs. 1^{bis}: Anpassung bei der Preisinformation für über Fernmeldedienste angebotene Mehrwertdienste

Der neue Art. 11a PBV gilt für sämtliche entgeltlichen Mehrwertdienste. Gegen die Verpflichtung, Aufschaltgebühren oder Mehrwertdienstgebühren von 2 Franken pro Minute kostenlos ansagen zu

müssen, ist nichts einzuwenden. Dasselbe gilt für die Bestätigung durch ein besonderes Signal für Aufschaltgebühren von 10 Franken sowie Mehrwertdienstgebühren über 5 Franken pro Minute. In diesem Zusammenhang ist auch gegen die entsprechende Anpassung von Art. 13 Abs. 1^{bis} PBV nichts einzuwenden. Insbesondere begrüssen wir die neue Pflicht, auf eine allfällig erhobene Aufschaltgebühr im gleichen Werbemittel hinweisen zu müssen, in welchem die Mehrwertdienstnummer beworben wird.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Christian Wanner
Landammann

Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber